

Öffentliche Gemeinderatssitzung am 05.02.2014
Es folgt eine nichtöffentliche Sitzung

Sitzung Nr. 02/2014

Sitzungsort: großer Sitzungssaal des Rathauses
Sitzungsdauer: 18:30 Uhr bis 20:30 Uhr

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen (Drucksachen Nr. 13/14 – 19/14), die Bestandteil dieses Protokolls sind.



Vorsitzender

Gemeinderat



Schriftführer

Gemeinderat

Sitzungsteilnehmer:

Vorsitzender:
Bürgermeister Holschuh

zusätzlich anwesend

BAL Hahn
RAL Lipps
HAL Feger als Protokollführer
BuWL Wurth

Gemeinderäte:

Beathalter Ralf
Bindner Ludwig
Broß Michael
Glatt Rudi
Hansert Erwin
Herrmann Rolf-Heinz
Junker Andrea
Kühne Gundolf

Lang Manfred
Obert Hubert
Oehler Günther
Oswald Dieter
Rotert Hans-Martin
Schillinger Volker
Seigel Josef
Trunk Wolfgang
Welde Myriam

ab 18:40 Uhr

entschuldigt:

Jung Maria

entschuldigt:



DER BÜRGERMEISTER
DER GEMEINDE
SCHUTTERWALD

Einladung

Datum: 29.01.2014
Sitzungs-Nr.: 02/2014

An die Damen und Herren des Gemeinderates von Schutterwald
77746 Schutterwald

Einladung zur Gemeinderatssitzung

Sehr geehrte Damen und Herren,
die nächste Sitzung des Gemeinderates findet am

**Mittwoch, 05.02.2014, ab 18:30 Uhr
im großen Sitzungssaal des Rathauses**

statt.

Zu dieser Sitzung lade ich Sie recht herzlich ein.

Mit freundlichen Grüßen

Martin Holschuh

Öffentlich:

1. Frageviertelstunde (DS 13/2014)
2. Baugesuche (DS 14/2014)
 - 2.1 Erweiterung eines 2- Fam. Wohnhauses
Schulstraße 13, Flst.-Nr. 1174
 - 2.2 Neubau einer Garage
Hauptstraße 143, Flst.-Nr. 1001/12

3. Schulsituation in Schutterwald (DS 15/2014)
- Grundsatzdiskussion über die Weiterentwicklung der Mörburgschule
4. Querspange Schutterwald-Langhurst (DS 16/2014)
- Information über das Gespräch beim Regierungspräsidium Freiburg
und beim Landratsamt Ortenaukreis
5. Finanzielle Beteiligung der Gemeinde Schutterwald an der (DS 17/2014)
Volkshochschule (VHS) Offenburg
6. Bekanntgabe nichtöffentlicher Beschlüsse (DS 18/2014)
7. Verschiedenes (DS 19/2014)
- Bekanntgaben, Wünsche und Anträge

Gemeinde Schutterwald

ERGÄNZUNGSBLATT NR. 1

Öffentliche Sitzung am 05.02.2014

Drucksache Nr. 02/2014

Frageviertelstunde

Von den zahlreich erschienenen Zuhörern werden keine Fragen gestellt.

öffentlich

nichtöffentlich

AZ: 632.6 Amt: Bauamt Bearbeiter: Frau Spinner Datum: 15.01.14 DS-Nr.: 14/14 Gesehen:

Sitzung des Gemeinderates am 05.02.2014

TOP 02

2. Baugesuche

2.1 Erweiterung eines 2- Fam. Wohnhauses

Schulstraße 13, Flst.-Nr. 1174

Antragsteller: Wilfried Lahl

Talweg 119

77654 Offenburg – Zell Weierbach

2.2 Neubau einer Garage

Hauptstraße 143, Flst.-Nr. 1001/12

Antragsteller: David Salameh

Hauptstraße 143

77746 Schutterwald

Abstimmungsergebnis:

zu 2.1 und 2.2: Einstimmige Zustimmung

Protokollergänzung:

zu 2.2

Gemeinderat Obert meint, in der Nähe des Bauvorhabens seinen bereits Flachdächer realisiert. Laut BAL Hahn ist dies richtig, es betrifft aber nicht den Bereich der Abrundungssatzung.

öffentlich

nichtöffentlich

AZ: Amt
211.01 Hauptamt

Bearbeiter
Herr Feger

Datum: DS-Nr.:
27.01.2014 15/2014

Gesehen:

Sitzung des Gemeinderates am 05.02.2014

TOP 3

Schulsituation in Schutterwald - Grundsatzdiskussion über die Weiterentwicklung der Mörburgschule

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

1. Ab dem Schuljahr 2014/2015 werden die Klassen 5 bis 7 der Werkrealschule Neuried/Schutterwald, die bisher am Schulstandort Altenheim unterrichtet werden, ebenfalls in Schutterwald an der Mörburgschule unterrichtet.
2. Für die Mörburgschule wird ein Ganztags schulbetrieb angestrebt.
3. Die Kooperation mit der Realschule Ichenheim wird fortgesetzt und ausgebaut.

Abstimmungsergebnis:

- zu 1: Einstimmige Zustimmung entsprechend dem Beschlussvorschlag.
zu 2: Mehrheitliche Zustimmung entsprechend dem Beschlussvorschlag bei zwei Enthaltungen.
zu 3: Einstimmige Zustimmung entsprechend dem Beschlussvorschlag.

Finanzielle Auswirkungen:

Gesamtkosten der Maßnahmen	Veranschlagung im Vermögenshaushalt	über- / außerplanmäßige Ausgaben	Haushaltsstelle

Sachverhalt/Begründung:

Zurückgehende Schülerzahlen und veränderte politische Vorgaben der Landesregierung erfordern die Überprüfung und Neubestimmung der Schulentwicklung.

Die Gemeinden Neuried und Schutterwald haben 2009 die Vereinbarung über die Einrichtung und Unterhaltung einer gemeinsamen Werkrealschule Neuried-Schutterwald geschlossen und darin u.a. vereinbart, dass die Klassenstufen 5 bis 7 in Altenheim und die Klassenstufen 8 bis 10 in Schutterwald unterrichtet werden. Die Unterrichtung an zwei Schulstandorten zeigte sich pädagogisch und organisatorisch aber nicht als optimal.

Aufgrund der zurückgehenden Schülerzahlen (die Eingangsklassenstufe 5 ist im laufenden Schuljahr 2013/14 mit 24 Schülern erstmals einzügig) werden ab dem Schuljahr 2014/2015 an der Mörburgschule in Schutterwald nach Aussage von Schulleiter Martin Wunderle ausreichend Klassenzimmer vorhanden sein, um alle Klassenstufen dort unterrichten zu können. Zum Wohle der Schüler sollen deshalb ab dem kommenden Schuljahr die Klassenstufen 5 bis 7 von Altenheim nach Schutterwald verlagert werden.

Der Gemeinderat von Neuried hat in seiner Sitzung am 29.01.2014 bereits diesem Ansinnen zugestimmt. Der Schulstandort Altenheim soll nach der Verlagerung der Klassenstufen 5 bis 7 nach Schutterwald zur zentralen Grundschule für Neuried mit einer oder zwei Außenstellen und Ganztagschulbetrieb weiterentwickelt werden.

Immer mehr Kinder benötigen vor oder nach der Schule eine Betreuung. Im Grundschulbereich werden derzeit die Schutterwälder Kinder, deren Eltern dies wünschen, in der kostenpflichtigen Schulkindbetreuung der Gemeinde vor- und nachmittags betreut. Im Werkrealschulbereich der Mörburgschule gibt es derzeit kein vergleichbares Angebot.

Mittel- und langfristig wollen Land und Kommunen auf diesen Betreuungsbedarf mit dem Ausbau von Ganztagschulen reagieren.

Es wird angestrebt, die Mörburgschule zur Ganztagschule weiterzuentwickeln. Zunächst sollen hierzu Eltern und Schulgremien gehört werden. Schule und Kommune müssen dann ein pädagogisches Konzept entwickeln und die notwendigen Räumlichkeiten bereitstellen.

Seit September 2010, mit dem Start der gemeinsamen Werkrealschule, besucht der Großteil der Schutterwälder Realschüler nicht mehr die Offenburger Realschulen, sondern die Realschule in Ichenheim. Die Gemeinde Neuried will diese Realschule gemeinsam mit der Gemeinde Schutterwald zu einer starken und zukunftsfähigen Sekundarschule I weiterentwickeln. Wie die Sekundarschule I letztlich aussehen wird, steht derzeit noch nicht fest.

Es scheint mittlerweile klar zu sein, dass das Schulsystem in Baden-Württemberg zukünftig zweigliedrig werden wird mit Sekundarschulen I (bisherige Haupt-/ Werkreal- und Realschulen) und Sekundarschulen II (Gymnasien). Die Sekundarschulen I sollen Ganztagschulen werden.

ÖPNV und Schülerbeförderung müssen mit diesen Entwicklungen einhergehend angepasst werden.

Protokollergänzung:

Bürgermeister Holschuh befürwortet die Zusammenlegung der Klassen in Schutterwald, weil dies den Standort Schutterwald und auch die Gemeinde stärkt.

Gemeinderat Bindner erinnert daran, dass seinerzeit bei Gründung der gemeinsamen Werkrealschule ein einziger Standort sowohl politisch als auch wegen der hohen Schülerzahlen und deshalb fehlenden Klassenräumen in Schutterwald nicht möglich war. Er begrüßt deshalb auch, dass die Werkrealschule nun an einem Standort zusammengeführt wird, was organisatorische Vorteile bringen wird. Mit Besorgnis nimmt er aber die zurückgehenden Schülerzahlen zur Kenntnis.

Gemeinderat Schillinger denkt, dass Neuried ganz andere Ziele mit seiner Realschule hat. Die Wechselquote auf Werkrealschulen in Höhe von 15,8 % findet er bedenklich.

Gemeinderätin Junker ist der Ansicht, dass vor drei Jahren die richtige Lösung gefunden wurde. Negativ damals waren aber die langen Schulwege sowohl für Schüler als auch für Lehrer. Als Elternbeiratsvorsitzende hat sie keine negativen Rückmeldungen zur Zusammenlegung in Schutterwald von Eltern erhalten. Deshalb ist für sie die Zusammenlegung in Ordnung.

Zum Ganztagsbetrieb verdeutlicht der Bürgermeister nochmals, dass es sich heute um den Startschuss für den Einstieg in die Diskussion zur Ganztagschule handelt. Seiner Ansicht nach gehört eine Ganztagschule einfach dazu, weil der Bedarf von Seiten der Eltern da ist.

Gemeinderätin Junker hat hierzu schon ganz andere Stimmen von Eltern gehört. Viele wollen ihre Kinder nachmittags zu Hause haben. Eltern müssen deshalb ein Mitspracherecht bekommen.

Bürgermeister Holschuh wurden auch von Vereinsseite Ängste in diese Richtung näher gebracht, insbesondere beim kürzlich abgehaltenen Vereinshearing.

Gemeinderätin Broß stellt klar, dass die Weiterentwicklung zur Ganztagschule für eine künftige Kooperation mit der Realschule Ichenheim sehr wichtig ist. Auch in den Kindertageseinrichtungen geht man schon seit Jahren in diese Richtung. Würde man dies nicht tun, befürchtet sie eine weitere Abnahme der Schülerzahlen, die bis zur Schulschließung führen könnte. Wichtig ist auch ihr, dass die Eltern umfassend informiert werden.

Gemeinderat Bindner findet, es müsse auch geklärt werden sollte, wie es mit den Grundschulen in dieser Hinsicht weitergeht. Würde die Ganztagschule zunächst in Klasse 5 beginnen, müsste man eigentlich nur mit den Grundschülern bis maximal Klasse 3 reden. Im Übrigen erinnert er daran, dass eine Antragsstellungsfrist zum 01.11.2014 besteht.

Für Gemeinderat Rotert spiegelt eine Ganztagschule die Lebenswirklichkeit wieder. Seiner Ansicht nach sind mehr Eltern für eine Ganztagschule als dagegen. Die logische Folge der Ganztagschule wäre die Gesamtschule. Sollte auch die Grundschule zur Ganztagschule werden, entsteht die Frage, was dann aus Langhurst wird.

Bürgermeister Holschuh verdeutlicht, dass der Fokus heute auf der Werkrealschule ab Klasse 5 liegen soll. Im Grundschulbereich gibt es bereits die Ganztagsbetreuung im Rahmen der „Mörlekids“.

Gemeinderat Glatt meint, man kommt nicht drum herum, bis zum Spätjahr ein Ganztagskonzept auf die Beine zu stellen. Ergänzend will er wissen, ob die Räume hierfür ausreichen oder neu gebaut werden muss. Laut Bürgermeister wird dies erst der kommende Diskussionsprozess zeigen.

Gemeinderat Beathalter sieht die Gefahr, dass von Neuried künftig weniger Schüler nach Schutterwald gehen werden, weil sie nun in allen Klassenstufen nach Schutterwald fahren müssen. Die in Neuried angestrebte Stärkung der Realschule könnte zum Ausbluten der Schutterwälder Schule führen.

Gemeinderätin Welde findet Transparenz gegenüber den Eltern sehr wichtig. Die Arbeitsbedingungen vieler Eltern haben sich geändert, was in vielen Fällen einen Ganztagsschulbetrieb erfordert. Künftig ist Schule als Lebensraum zu sehen. Der Ganztagsschulbetrieb ist eine Basis für weitere Entwicklungen.

Gemeinderat Bindner ergänzt noch, dass die Werkrealschule bereits jetzt zwei bis drei Nachmittage Unterricht hat und man bei den anstehenden Diskussionen auch die Neurieder Eltern mit ins Boot nehmen muss.

öffentlich

nichtöffentlich

AZ: Amt
621.41; Bauamt
652.21

Bearbeiter
Herr Hahn

Datum: 28.01.2014
DS-Nr.: 016/2014

Gesehen:

Sitzung des Gemeinderates am 05.02.2014

TOP 04

**Querspange Schutterwald
Information über Gespräch mit Regierungspräsidium Freiburg und dem
Landratsamt Ortenaukreis**

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen

Abstimmungsergebnis:

entfällt

Finanzielle Auswirkungen:

Gesamtkosten der Maßnahmen	Veranschlagung im Vermögenshaushalt	über- / außerplanmäßige Ausgaben	Haushaltsstelle

Sachverhalt/Begründung:

Am 20.1.2014 fand im Landratsamt Ortenaukreis ein Gespräch statt. Beteiligt waren das Regierungspräsidium (RP) Freiburg, die Straßenverkehrsbehörde und das Straßenbauamt des Landratsamtes Ortenaukreis und die Gemeinde Schutterwald sowie die Polizeidirektion Offenburg. Anlass des Treffens war zum einen die Schreiben der Gemeinde, zum anderen das Schreiben der Straßenverkehrsbehörde des Landratsamtes im Hinblick auf die Verkehrssicherheit für Fußgänger und Radfahrer.

Das Regierungspräsidium hatte bereits telefonisch angekündigt, dass unser Vorhaben in Stuttgart im Verkehrsministerium vorgelegt und diskutiert wurde und entsprechende Empfehlungen zur Weiterführung der Planung vorliegen.

Zunächst zur augenblicklichen Verkehrssicherheit:

Sowohl die Gemeinde wie auch die Straßenverkehrsbehörde konnten gegenüber den Vertretern vom Regierungspräsidium eindringlich belegen, dass die Verkehrssicherheit für querende Fußgänger und Radfahrer nicht gegeben ist und dringender Handlungsbedarf besteht. Alle Beteiligten waren sich einig, dass etwas geschehen müsse, bevor sich ein schlimmer Unfall ereignet. Vorgeschlagen wurde, zur Querungssicherung eine Fußgänger-Lichtsignalanlage mit kombinierter Mittelinsel einzurichten.

Das Regierungspräsidium sagte zu, die entsprechenden Finanzmittel zur Verfügung zu stellen, damit der Landkreis die Maßnahmen ausführen kann. Voraussetzung sei, dass eine entsprechende Anordnung von Seiten der Straßenverkehrsbehörde vorliege. Mit

Schreiben vom 22.01.2014 hat die Straßenverkehrsbehörde diese Anordnung getroffen und eine Fußgänger-Lichtsignalanlage mit kombinierter Mittelinsel zur Querungssicherung angeordnet. Die Beteiligten gehen von einer Inbetriebnahme bis zu den Sommerferien 2014 aus.

Zum Kreuzungsbereich:

Die Gemeinde stellt derzeit den Bebauungsplan „Querspange Schutterwald“ auf. Die frühzeitige Beteiligung der Träger öffentlicher Belange wurde durchgeführt. Wesentlicher Bestandteil der Planung ist, den Kreuzungsbereich Gottswaldstraße / L 98 mit einem Turbokreisel zu versehen.

Als die Planungen im Jahr 2007 begonnen wurden, besagten die gültigen Richtlinien für den Straßenbau, dass der Kreuzungsbereich (damals noch die Einmündung der Umgehung in Höhe der Marlerer Straße) als Kreisverkehrsplatz auszubilden sei. Auch nachdem die Umgehung aus Umweltgesichtspunkten aufgegeben werden musste, wurde gerade vom Regierungspräsidium an der Kreisverkehrslösung für den Kreuzungsbereich, auch an der jetzigen Einmündung (verlängerte Gottswaldstraße (Eichgasse)) festgehalten.

Der so genannte RE-Entwurf zur Abstimmung mit und Genehmigung durch das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur (MVI) wurde im Sommer 2013 eingereicht.

In der Besprechung schlug das Regierungspräsidium nun grundlegende Änderungen der Entwurfsplanung vor.

Zunächst muss festgehalten werden, dass jede Straßenplanung in dieser Größenordnung im Rahmen eines so genannten Sicherheitsaudits von speziell geschulten Auditoren geprüft wird. Bei einem solchen Audit wird untersucht, in wieweit die Planungen den grundsätzlichen Anforderungen und Richtlinien entsprechen.

Seit 2012 gibt es eine neue Richtlinie für den Straßenbau (RAL 2012). Im Rahmen des Sicherheitsaudits wurde nun die neue Richtlinie zugrunde gelegt. Die Überprüfung ergab, dass der Turbokreisel nun weniger geeignet sei. Kritisiert wurde auch das Überführungsbauwerk über die L 98. Es bestehe die große Gefahr, dass Radfahrer und Fußgänger den Umweg über das Bauwerk scheuen und die Straße ebenerdig queren würden. Zudem empfehle die neue RAL 2012 bei der hier vorliegenden Straßenkategorie die Kreuzung mit einer Lichtsignalanlage zu versehen.

Man kann nun lange darüber diskutieren ob die neuen Richtlinien, die neue Landesregierung, oder auch nur knappe Haushaltsmittel diese neuen Erkenntnisse befördert haben. Tatsache bleibt, dass eine Verwirklichung einer Ampelkreuzung in politischer und auch finanzieller Hinsicht aus heutiger Sicht sehr viel wahrscheinlicher ist, als die bisherige Kreisverkehrslösung.

Das Regierungspräsidium wollte nun in dem Gespräch ausloten, wie sich die Gemeinde zu diesen neuen Gegebenheiten stellt. Bürgermeister und Verwaltung haben klar gemacht, dass die Gemeinde Schutterwald nicht bereit ist, weitere Verzögerungen hinzunehmen. Es muss eine pragmatische, machbare und auch zeitlich überschaubare Lösung des Problems an der Einmündung Gottswaldstraße / L 98 angestrebt werden. Darüber waren sich alle Beteiligten einig.

In der weiteren Diskussion wurde klar, dass das Festhalten an einem Kreisverkehrsplatz eher kontraproduktiv ist. Das Regierungspräsidium machte deutlich, dass das Land einen Kreisverkehr nicht mehr mittragen werde. Die Gemeinde kann aber ohne Mittel aus dem Straßenbauhaushalt des Landes diese Maßnahme alleine nicht verwirklichen.

Die Beteiligten haben sich nun auf folgende Vorgehensweise geeinigt:

Die Straßenbauverwaltung beim Landratsamt führt zeitnah (Februar 2014) eine qualifizierte Verkehrszählung durch. Diese wird die im Jahre 2007 erhobenen Zahlen

bestätigen bzw. korrigieren. Aufgrund dieser aktualisierten Zählung soll dann die Leistungsfähigkeit einer Ampelkreuzung geprüft werden. Dabei ist klar, dass die Leistungsfähigkeit einer ampelgeregelten Kreuzung nicht schlechter sein darf als die Kreisverkehrslösung, einschl. Reserven für ein zukünftiges (prognostiziertes) Verkehrsaufkommen. Die Kosten für diese Untersuchung trägt das Land.

Nach Vorlage der Ergebnisse der Untersuchung zur Leistungsfähigkeit der Kreuzung will das Regierungspräsidium die Straßenplanung für den Kreuzungsbereich in Auftrag geben. Voraussichtlich im Sommer 2014 wird über das weitere Verfahren (Bebauungsplan oder/und abgekoppeltes Verfahren nur für den Kreuzungsbereich) diskutiert. Auch diese Kosten trägt das Land.

An der eigentlichen Baumaßnahme wäre die Gemeinde im Rahmen der Straßenkreuzungsrichtlinie wieder mit einem Drittel beteiligt. Die Gesamtmaßnahme (Kreuzung, Radweg, Ausbau der Gottswaldstraße, Kreisverkehr Schutter-/Bahnhofstraße und Kreisverkehr Haupt-/Schutterstraße) blieben im Zuschussprogramm des Gemeindefinanzierungsgesetzes. Allerdings wurden hier mittlerweile die Zuschusssätze von 66% auf 50% gesenkt.

Zur „Großen Lösung“ (Umgehung)

Im Gemeinderat wurde unter anderem auch wegen augenblicklicher forstlicher Aktivitäten im Bereich der alten Trasse vorgeschlagen, die „Große Lösung“ wieder zu aktivieren. Hierzu ist folgendes zu sagen: Ein momentaner Holzeinschlag in diesem Bereich ändert nichts an der Zerschneidungswirkung der Umgehungstrasse und der damit verbundenen erheblichen Eingriffe in die Fauna-Flora-Habitat-Gebiete (FFH) und Vogelschutzgebiete. Die Gesetzeslage und die Eingriffsbewertung ist noch die gleiche, wie 2009.

Veränderungen zu unseren Gunsten haben sich nicht ergeben.

Beim Gespräch mit dem Regierungspräsidium wurden diesem Ansinnen überhaupt keine Erfolgsaussichten eingeräumt.

Die Verwaltung schließt sich dieser Einschätzung voll umfänglich an, und schlägt vor die Diskussion um die Umgehung nicht wieder aufleben zu lassen.

Protokollergänzung:

Gemeinderat Lang unterstützt eine sichere Lösung für Fußgänger und Radfahrer.

Gemeinderat Beathalter findet es positiv, dass das Regierungspräsidium nun endlich erkannt hat, dass hier eine gefährliche Verkehrssituation vorliegt. Unverständlich ist für ihn aber, dass nun auf einmal eine Ampel die beste Lösung sein soll. Dies hätte man bereits vor Jahren wissen können. Das angekündigte Provisorium darf aber kein Hinhalten der Gemeinde sein. Seiner Ansicht nach wird das Provisorium sowieso zum Chaos führen. Er hat deshalb große Bedenken. Eigentlich sollte in den nächsten Monaten bereits eine endgültige Lösung umgesetzt werden.

Bürgermeister Holschuh und BAL Hahn verdeutlichen, dass auch eine endgültige Ampellösung eine umfangreiche Planung benötigt. Eventuell müssen nämlich noch weitere Spuren und anderes gebaut werden. Beiden ist aber auch klar, dass das Provisorium in keinsten Weise das eigentliche Kreuzungsproblem für die Autofahrer löst.

Gemeinderat Herrmann verlangt, dass nun Schritt für Schritt eine Lösung kommen muss. Zunächst ist die sichere Querungsmöglichkeit richtig. Die endgültige Planung muss dann sehr gut überdacht werden, insbesondere wegen der Gefahr von Rückstau in den Hauptverkehrszeiten. Bei der im letzten Jahr aufgestellten Behelfsampel wegen der Baustelle in Neuried kam es in Hauptverkehrszeiten zu Rückstau bis ans Offenburger Ei.

Herr Herrmann bedauert es sehr, dass die große Lösung nicht weiter diskutiert wird. Diese wäre die einzige sinnvolle Lösung für die betroffene Bevölkerung. Allerdings muss er dies auch respektieren. Ihn verwundert es, dass die ganze bisherige Planung nun nichts mehr gilt und zum Beispiel 200.000,-- € für die große Lösung für das notwendige Umweltgutachten ausgegeben werden mussten. Seiner Ansicht nach liegt dieses Umdenken des Regierungspräsidiums wohl an der neuen Landesregierung.

Bürgermeister Holschuh ergänzt, dass auch andere Gemeinden viel Geld für Planungen und anderes ausgegeben haben, die nun gar nicht mehr zur Ausführung kommen. Seiner Ansicht nach findet hier eine Risikoverlagerung von Landesseite auf die kommunale Seite statt. Dies tut ihm weh.

Gemeinderat Oswald erinnert an das Sprichwort „Ist das Pferd tot, dann steige ab“. Er begrüßt das Provisorium und denkt, dass dann auch die zulässige Geschwindigkeit im Einmündungsbereich auf 50 kmh verringert wird. Dies würde auch einen Sicherheitszuwachs für die Autofahrer bringen. Er denkt, dass eine Ampellösung funktioniert. Für die Umsetzung gibt er zu bedenken, dass ursprünglich geplant war, den Radweg nach Osten zu verlegen. Laut BAL Hahn wird dies der Verkehrsplaner mit berücksichtigen.

Auch Gemeinderat Glatt findet die Sache gut. Mit einer endgültigen Ampellösung ist er aber nicht einverstanden. Überall werden Ampeln ab- und Kreisverkehre aufgebaut. Warum nicht auch an dieser Stelle? Im Übrigen glaubt er, dass ein einfacher Kreis hier ausreichen würde.

Für Gemeinderat Schillinger ist dies eine unendliche Geschichte. Er spricht von Willkür der Ämter. Auch für ihn ist die Ampel nicht nachvollziehbar. Über eine schnelle Lösung für Fußgänger und Radfahrer ist er froh, glaubt aber auch, dass dies Chaos bringen wird. Dieses könnte aber auch positive Folgen haben, indem die betroffenen Behörden die Ampelentscheidung doch nochmals überdenken.

Gemeinderat Bindner hält eine Behelfsampel am Einmündungsbereich für unsinnig. Sie sollte nach Westen verrückt werden.

Gemeinderat Rotert stellt klar, dass man nun bei der Realität angekommen ist. Für ihn ist die Sicherheit der Radfahrer und Fußgänger der wesentliche Punkt. Er dankt der Verwaltung, dass nun endlich in dieser Richtung etwas passiert. Für ihn ist dies die beste Nachricht seit langem in dieser Sache.

Gemeinderat Seigel findet es positiv, nun relativ schnell eine erste Lösung, wenn auch als Provisorium, zu bekommen. Die Übernahme der weiteren Planungskosten durch das Land ist begrüßenswert.

Auch Gemeinderat Oehler hat Bedenken wegen dem Standort der Behelfsampel. Seiner Ansicht nach müsste bereits jetzt parallel auch der Ausbau und das Wegrücken der Eichgasse von den Anwohnergrundstücken durchgeführt werden.

BAL Hahn stimmt dem zu. Allerdings muss vorher klar sein, wie künftig der Radweg verlaufen soll.

Gemeinderätin Broß versteht die Äußerung von Herrn Rotert, dass dies die beste Nachricht seit langem sein soll, nicht. Seit 20 Jahren plant die Gemeinde in dieser Sache und hat bereits viel Geld hierfür aufgewendet, damit nun eine provisorische Radfahrer- und Fußgängerampel aufgestellt wird.

Gemeinderat Lang entgegnet, dass die Gemeinde bei Realisierung ihrer Planung noch über eine Million Euro mehr ausgeben müsste.

Gemeinderat Kühne bittet darum, verschiedene Fragen zu klären. Auf der Bundesstraße Richtung Appenweier gibt es in Windschlag eine Ampel. Diese soll nicht leistungsfähig genug sein und deshalb wohl durch einen Kreisverkehr ersetzt werden. Herr Kühne will wissen, warum.

Des Weiteren wünscht er eine schriftliche Nachricht von der Zuschussstelle, dass nach deren Planung auch der Bau der Hauptmaßnahme bezuschusst wird und die ganze Sache keine Hinhaltenaktik darstellt.

Bürgermeister Holschuh verdeutlicht zum Abschluss nochmals, dass unter der derzeitigen Landesregierung ein Kreisverkehr nicht finanziert wird. Hält die Gemeinde dennoch hieran fest, heißt das, dass zunächst 2,5 Jahre überhaupt nichts passieren würde. Sollte dann eine neue Landesregierung gewählt werden, würde auf jeden Fall nochmals mindestens ein weiteres Jahr vergehen.

öffentlich

nichtöffentlich

AZ: Amt Bearbeiter Datum: DS-Nr.: Gesehen:
022.3; Rechnungsamt Herr Sexauer 23.01.2014 17/2014
351.02

Sitzung des Gemeinderates am 05.02.2014

TOP 5

Finanzielle Beteiligung der Gemeinde Schutterwald an der Volkshochschule (VHS) Offenburg

frühere Beratungen

Sitzungstermin

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Gemeinderat stimmt einer zukünftigen Bezuschussung von 5 € je Kursteilnahme von Schutterwälder Bürgern an Kursen der Volkshochschule Offenburg zu.
Die überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 4.200 € wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Zustimmung entsprechend dem Beschlussvorschlag.

Finanzielle Auswirkungen:

Gesamtkosten der Maßnahmen	Veranschlagung im Verwaltungshaushalt	überplanmäßige Ausgaben	Haushaltsstelle
ca. 4.200	100,--€	4.200,--€ gedeckt durch Mehreinnahm. beim Einkommenssteueranteil	3500.66800

Sachverhalt/Begründung:

Die Volkshochschule (VHS) Offenburg e.V., deren Mitglied die Gemeinde Schutterwald (neben den Gemeinden Hohberg, Neuried, Ortenberg und der Stadt Offenburg) ist, befindet sich in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation. Das durchschnittliche Defizit der Jahre 2010-2012 lag bei knapp unter 44.000 €. Die letzte Hochrechnung für 2013 (erstellt Nov. 2013) prognostiziert für 2013 ein Defizit von knapp über 55.000 €. Um dieser Situation zu begegnen wurde in der letzten Mitgliederversammlung ein Strategiepapier mit 18 Punkten verabschiedet, an welchen eine Verbesserung erarbeitet werden soll.

Darüber hinaus soll die kommunale Förderung für die VHS erhöht werden. Ein Vergleich mit Volkshochschulen mit ähnlichen Größen und Strukturen weist auf eine etwas unterdurchschnittliche kommunale Förderung hin. Die derzeitige Förderung der Mitgliedsgemeinden beschränkt sich auf die kostenlose Zurverfügungstellung von Räumen. Die Stadt Offenburg stellt kostenlos die Räume im Kulturforum zur Verfügung. Darüber hinaus fördert die Stadt die VHS mit einem Zuschuss, der in den Jahren 2011 und 2012 jeweils über 400.000 € lag (zum Vergleich, 2008 lag der Zuschuss noch bei 314.000 €).

Beim Vergleich innerhalb der Ortenau war festzustellen, dass die Mitgliedsgemeinden der VHS Lahr derzeit schon einen Beitrag pro Einwohner und pro in ihrer Gemeinde stattfindenden Kurs zahlen (zusätzlich zur Verfügungsstellung von Räumen).

Bei einem Treffen der Bürgermeister der Mitgliedsgemeinden mit Bürgermeister Dr. Jopen (Stadt Offenburg) und Herr Glunk (Geschäftsführer der VHS) wurden verschiedene Möglichkeiten der kommunalen Förderung diskutiert. Letztlich fand eine Bezuschussung der Mitgliedsgemeinden mit 5 € pro Kursteilnehmer aus der eigenen Gemeinde den größten Zuspruch. Berücksichtigt werden bei der Berechnung Kursteilnehmer der VHS und des zur Volkshochschule Offenburg e.V. gehörenden IDS (Institut für deutsche Sprache). Nicht berücksichtigt werden Teilnehmer an der Kunstschule. Abrechnungszeitraum soll jeweils der 1.9. des Vorjahres bis 31.8. des laufenden Jahres sein. Bei einer dementsprechenden Berechnung hätte die Gemeinde Schutterwald für den Zeitraum 1.9.2012 bis 31.8.2013 einen Zuschuss von 3.850,-- € an die VHS Offenburg gezahlt.

Die Stadt Offenburg wird ebenfalls ihren Zuschuss an die Volkshochschule in einer Größenordnung von 55.000 € erhöhen. Die Zuschüsse sollen schon mit Wirkung für die Kurse ab 1.9.2013 gezahlt werden.

Aufgrund des Nutzens für die Allgemeinbildung und des Zuspruchs von Schutterwälder Bürger zur Volkshochschule hält die Verwaltung es für sinnvoll, die Volkshochschule und ihr Angebot an Fortbildungen und Kursen zu unterstützen und empfiehlt deshalb dem Gemeinderat eine Zustimmung zum Beschlussvorschlag.

Da eine derartige Bezuschussung bisher nicht angedacht war und deshalb eine Berücksichtigung in der Haushaltsplanung fehlt, ist auch für 2014 eine überplanmäßige Ausgabe zu beschließen.

Mit der zum Beschluss vorgeschlagenen überplanmäßigen Ausgabe von 4.200 € ist auch eine eventuelle Steigerung der Kursteilnahmen gegenüber dem Vorjahr abgedeckt. Ausgezahlt wird letztlich nur ein Betrag entsprechend den Kursteilnahmen.

Die überplanmäßige Ausgabe wird durch zwischenzeitlich prognostizierte Mehreinnahmen bei der Einkommenssteuer gedeckt.

Weiterer Ablauf:

Der Mitgliederversammlung der Volkshochschule wird im Juni 2014 eine Satzungsänderung zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Hauptpunkt der Änderungen wird die Bezuschussung durch die Mitglieder sein. Die Gemeinde Schutterwald hat als Mitglied der Versammlung eine Stimme.

Anlage: Statistikzahlen der VHS von 09/2012-08/2013

Protokollergänzung:

Gemeinderat Bindner erinnert daran, dass sich die Volkshochschule in Schutterwald in den letzten Jahren sehr positiv entwickelt hat. Dies ist auch ein Verdienst der Außenstellenleiterin Junker. Im Übrigen nutzt die Volkshochschule nicht nur die Räume, sondern auch Hausmeister, Geräte und anderes. Er findet es richtig und wichtig, nun diese Unterstützung zu geben.

Auch Gemeinderat Beathalter bezeichnet die Volkshochschule als gute Einrichtung und begrüßt den Vorschlag. Die Bezuschussung nach Kursteilnahme ist seiner Ansicht nach fair.

Anmeldungen VHS Offenburg vom 1.9.2012 - 31.08.2013

ST PL ST ORT	ohne AS	IDS	EKS	JKS	Hohberg	Neuried	Schutterwald	VHS OG	Gesamt
77652 Offenburg	8	488	96	167	38	28	29	1227	2081
77654 Offenburg	14	343	273	667	71	43	33	2889	4336
77656 Offenburg	4	250	32	149	70	25	29	1010	1569
77694 Kehl	6	314	32	100	3	19	8	171	653
77704 Oberkirch	2	185	32	45	6	4	3	140	417
77723 Gengenbach	1	98	17	41	6	5	5	219	392
77731 Willstätt	2	30	3	25	2	4	4	130	200
77743 Neuried	1	19	29	37	35	180	33	332	667
77746 Schutterwald	2	64	11	50	32	22	199	451	831
77749 Hohberg	1	62	9	49	235	24	18	346	744
77767 Appenweier	2	29	10	30	0	5	7	182	265
77770 Durbach	1	44	20	37	5	1	2	296	406
77791 Berghaupten	2	14	4	10	4	2	1	69	106
77797 Ohlsbach	2	21	23	39	9	0	5	161	260
77855 Achern	3	199	18	9	3	0	0	57	289
77871 Renchen	0	38	5	6	0	2	2	37	90
77933 Lahr	2	104	27	7	6	7	2	65	220
77963 Schwanau	0	11	2	3	0	4	0	14	34
77799 Ortenberg	3	7	14	56	11	12	7	332	442
ZZZZZ sonstige Orte	15	1107	307	433	111	89	40	2056	4158
Gesamt	71	3427	964	1960	648	476	427	10184	18160

Teilnehmer der Erwachsenenkunstschule (EKS) und Jugendkunstschule (JKS) werden bei der Berechnung des Zuschusses nicht berücksichtigt.

Anmeldungen VHS OG; 12.12.2013

Anlage zu TOP 5 der öffentlichen
GR-Sitzung am 5.2.2014

öffentlich

nichtöffentlich

AZ: 022.3
Amt: Hauptamt

Bearbeiter:
Herr Feger

Datum: 28.01.2014
DS-Nr.: 18/2014

Gesehen:

Sitzung des Gemeinderates am 05.02.2014

TOP 6

Bekanntgabe nichtöffentlicher Beschlüsse

In der letzten Gemeinderatssitzung wurden keine nichtöffentlichen Beschlüsse gefasst.

Öffentliche Sitzung am 05.02.2014

Drucksache Nr. 19/2014

Top 07

Verschiedenes

- **Bekanntgaben, Wünsche und Anträge**

Solarpark Schutterwald

Es gab neue Gespräche und einen neuen Investor. Derzeit wird der Zaun fertig gestellt. Bis Ende März soll der Park ans Netz gehen. Der Bürgermeister ist gespannt.

Gemeinderat Seigel hätte persönlich nichts dagegen, wenn der Solarpark doch nicht käme.

Entfernung von Bäumen und Sträuchern

BuWL Wurth erläutert folgende Maßnahmen:

- Eine Linde im Bereich Schutterstraße unter der Hochspannungsleitung stirbt ab und muss entfernt werden.
- Ein Ahorn im Bereich Seestraße Einfahrt Badeplatz stirbt ab, wird entfernt und ersetzt.
- In der Stettiner Straße auf der Verkehrsinsel sind Bäume fast komplett abgestorben. Sie werden entfernt und ersetzt.
- In der Seestraße beim neuen Bolzplatz sind brüchige Pappeln, die mittlerweile auch den Aufwuchs der darunter befindlichen Benjeshecke behindern und außerdem ein erhöhtes Gefahrenpotential im Bereich des Bolzplatzes darstellen. Diese Pappeln werden entfernt. Als Ersatzpflanzungen werden am Rand des neuen Bolzplatzes in Nord-Süd-Richtung neue Bäume gesetzt.
- Die Grünanlage entlang der Bahnhofstraße soll neu gestaltet und durch Rasenflächen mit Blumenwiesen ersetzt werden. Die vorhandenen Bodendecker werden entfernt.
- Im Bereich Hindenburgstraße und Hauptstraße gibt es einige Pflanzungen auf Mittelinseln, die zwar im Sommer gut wachsen, nach dem Winter mit hoher Streusalzausbringung aber absterben. Aus diesem Grunde sollen diese Beete mit Kies oder Porphyrschotter befüllt und mit salzverträglichen Gräsern bepflanzt werden.

Der Gemeinderat ist mit den geschilderten Maßnahmen einverstanden.

Fehlende Handtuchhaken in den Damenduschen der Mörburhalle

Gemeinderat Seigel wurde von Frauengruppen angesprochen, dass Haken fehlen würden. Laut BAL Hahn sind zwar keine Handtuchhaken, aber Handtuchstangen vorhanden.

Beginn des Baus für den Lärmschutzwall entlang der Autobahn

Gemeinderat Seigel bittet um eine Bestandsaufnahme bezüglich der dortigen Wirtschaftswege. Er will nicht, dass durch den Bau des Lärmschutzwalls entstehende Straßenschäden von der Gemeinde finanziert werden müssen.

Laut BAL Hahn ist die Bestandsaufnahme bereits durchgeführt und eine Regelung zu den zukünftig möglichen Straßenschäden getroffen. Ergänzend ist Herr Seigel der Ansicht, dass LKWs auf kürzestem Weg den Lärmschutzwall anfahren sollten.

Auch dies ist laut BAL Hahn geklärt.

Bebauung in der Hauptstraße bei der Bäckerei Haltmeyer

Gemeinderat Obert will wissen, ob die Bebauung bis an die Gehwegkante in Ordnung ist. Laut BAL Hahn ist dies nicht zu beanstanden. Alle Gebäude in diesem Bereich sind an der Gehwegkante errichtet.